

Keine Sonderwege

Ich bin bei meinen Besuchen unserer Soldaten in den Einsatzgebieten auf dem Balkan, in Afghanistan, in Afrika gelegentlich auf angelsächsische Gesprächspartner getroffen, die fragten: Warum seid ihr Deutsche so zurückhaltend mit eurem Militär? Der Subtext lautete: Haut mal drauf! Wir wissen, dass ihr das könnt!

Wahrscheinlich muss ich hier nicht die historischen Gründe für Deutschlands wahrlich gut begründete Kultur der militärischen Zurückhaltung ausbreiten. Wir (und andere mit uns) haben im 20. Jahrhundert bestimmte Erfahrungen mit Schuld und Krieg und Terror und Kriegszerstörung, mit Vernichtung, Vertreibung und Flucht gemacht.

Die angelsächsischen Demokratien waren die einzigen, die – selbst niemals besetzt – ihr Militär als Expeditionsstreitkräfte konfliktbeendend einsetzen konnten, eingesetzt haben. Sie waren und blieben Demokratien, auf der richtigen Seite, am Ende siegreich. Die Welt hat ihnen und ihrem Militär unendlich viel zu verdanken. Das aber prägt das Bild vom Einsatz militärischer Mittel in der angelsächsischen strategischen Kultur noch heute.

Deutschlands Staatsräson der Gegenwart ist aus gutem Grund ein möglichst effektiver Multilateralismus, ist das Streben nach einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen. Wertegebundene Außenpolitik ist uns lieber als reine Realpolitik, als Einflussphärenpolitik, als Machtpolitik. Die Maxime „Germany first“ wäre keine Option.

Bewertet man die strategischen Kulturen Deutschlands und der USA, so würden wir heute vielleicht kritisieren, dass die USA zu militärisch orientiert sind. Für jede Krise in jedem Winkel der Welt gibt es immer eines von sechs militärischen US-Regionalkommandos: z. B. US-EUCOM, US-CENTCOM, US-PACOM, das zuständig ist für eine militärische Option. Aber der Erfolg rein militärischer Interventionen in den Zeiten des sogenannten *war on terror* scheint bisher nicht immer sehr durchschlagend zu sein.

Kritik an der *deutschen* strategischen Kultur geht dagegen eher in die Richtung, Deutschland sei zu machtvorgessenen, pflege geradezu eine Militärphobie, Deutschland benenne seine nationalen Interessen nicht offen.

Ich glaube allerdings, unsere deutschen nationalen Interessen decken sich sehr weitgehend mit denen unserer Partner in Europa, meist auch mit denen der USA, Kanadas oder Japans, mit denen wir gemeinsame Werte teilen – das normative Projekt des Westens. Es sind auch keine deutschen nationalen Sonder-Interessen in Sicht, die wir unilateral *militärisch* gegen andere verteidigen müssten oder wollten.

Ist diese deutsche strategische Kultur ein Problem für die Welt oder für Deutschland?

Nein, das Gegenteil ist der Fall! Es gibt seit Jahren eine weltweite Umfrage der britischen Rundfunkanstalt BBC, welches Land einen guten Einfluss auf die Welt-

politik hat. In 25 großen Ländern wird gefragt. Und wer war und ist da regelmäßig vorne? Deutschland. Dahinter mal Japan, mal Kanada. Mehr gutes Ansehen in der Welt kann man nicht wollen. Deutschlands Rolle als Exportweltmeister, als vertrauenswürdiger ehrbarer Makler ist keine Selbstverständlichkeit, sondern hart erarbeitetes Glück.

Wir wissen, dass wir militärische Solidaritätsverpflichtungen haben, in NATO-Europa, in EU-Europa, für die UNO. Nach der Zeitenwende von 2014 müssen wir nun deutlich mehr in die Verteidigung investieren. Unsere Bundeswehr muss jetzt erstmals beides können: *Out-of-area*-Einsätze (mit überschaubaren Kontingenten), wie sie sich in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten entwickelt haben, und kollektive Verteidigung in Europa mit der ganzen Bundeswehr.

Klar sollte sein, dass wir in den Bündnissen *alle* die gleichen Risiken tragen wollen. Wollen müssen! Wenn wir mitentschieden haben, dass das Bündnis, sei es die NATO, sei es die EU, sich militärisch engagiert, dann müssen wir alles dazu beitragen, was erforderlich ist, damit wir wirklich gemeinsam erfolgreich sind.

Dazu gehören in jedem Fall immer auch vom ersten Tag an erhebliche nicht-militärische Anstrengungen. Diese Lektion dürften wir aus Afghanistan, Irak oder Libyen gelernt haben.

Dr. Hans-Peter Bartels

Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

